nungspolitiker". Auch er hielt den Verkauf an die Deutsche Bank solange für volkswirtschaftlich bedenklich, wie die Aktien nicht weitergegeben wurden.

Zum Glück gab es andere Liberale, die sich als Stütze des Konzerns erwiesen. Am 25. Juli 1975 berichtete von Brauchitsch in einem Vermerk für Friedrich Karl Flick über die ordnungspolitischen Bauchschmerzen des Ministers: In einem Postskriptum fügte er hinzu:

> Ich hatte zu dem Gesamtkomplex vor zwei Wochen ein ausführliches Gespräch mit Graf Lambsdorff, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP. In dem Gespräch bei Friderichs habe ich feststellen können, daß Lambsdorff mit unseren Argumenten dort bereits gearbeitet und bei Friderichs Eindruck gemacht hatte.

Den Richter Buchholz interessiert an dieser Eintragung vor allem das Datum. Es korrespondiert mit früher bereits vor Gericht verlesenen Notizen des Flick-Buchhalters Rudolf Diehl und veranlaßt den Richter zu der Frage, ob bei jenen Gesprächen, zu denen sich damals die heutigen Angeklagten trafen, nicht doch gelegentlich Geld und Argumente miteinander verknüpft wurden.

Denn jenes PS-Gespräch fand – der Kammervorsitzende Buchholz rekonstruiert es aus seiner Aktenkenntnis, die Angeklagten widersprechen nicht – am 7. Juli 1975 statt. An diesem Tag erhielt der damalige Landesschatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP, Otto Graf Lambsdorff, von Eberhard von Brauchitsch 25 000 Mark.

„Die falsche Geschichtsschreibung"

Von Brauchitschs Aktenvermerke zur Daimler-Transaktion

Eberhard von Brauchitsch in einem Aktenvermerk vom 9. Januar 1975:

> Ich hatte soeben (15.00 h) einen Anruf von Minister Friderichs, der einen etwas unfreundlichen Eindruck am Telefon machte. Friderichs teilte mir das Folgende mit:
>
> Soeben sei der Kollege Apel bei ihm gewesen und habe . . . berichtet: Heute vormittag sei Ulrich (damals Vorstandssprecher der Deutschen Bank – die Red.) mit seinem Steuerberater bei Apel gewesen und habe Apel darüber unterrichtet, daß die Deutsche Bank beabsichtige, die gesamten 39 % Daimler von der Flick-Gruppe abzukaufen. Diese Entscheidung sei notwendig gewesen, nachdem Flick andernfalls nach Persien verkaufe. Inzwischen lägen sichere Anzeichen dafür vor, daß auch das Quandt-Paket inzwischen in Persien gelandet sei. Würde auch das Flick-Paket nach Persien gehen, dann hätte Teheran die absolute Mehrheit an Daimler.
>
> U. sei der Meinung, daß die DB (Deutsche Bank) gar nichts anderes tun könne, als das Flick-Paket zu kaufen. Apel habe Friderichs gegenüber die gleiche Auffassung vertreten und darauf hingewiesen, daß auch der Bundeskanzler die deutsche Lösung vorziehe. Friderichs sagte, er habe Apel geantwortet, daß auch er, Friderichs, die deutsche Lösung vorziehe . . . Im übrigen werde die Öffentlichkeit verstehen, daß die DB diese Transaktion durchführe, weil ja andernfalls das Unheil der persischen Mehrheitsbeteiligung im Raum steht.
>
> U. hat bei der Gelegenheit Apel gegenüber erklärt, daß er, U., bei einer solchen nationalen Tat ein steuerliches Entgegenkommen erwarte . . . Friderichs habe Apel dann gefragt, ob es noch andere steuerlichen Probleme gäbe. Apel habe geantwortet, daß er, Apel, in steuerlicher Hinsicht für den Verkäufer nicht zu sprechen sei. Der Verkäufer müsse nun einmal ca. 50 % des Erlöses an den Fiskus abführen.

Eberhard von Brauchitsch in einem Schreiben an den Journalisten Günter Markscheffel vom 23. Januar 1975:

> Sie müssen wissen, daß Flick zu keiner Zeit bereit gewesen wäre, einer ausländischen Gruppe – wo immer sie angesiedelt sein mag – ein unbeschränktes Einwirkungsrecht auf Daimler einzuräumen. Zwingende Rücksichtnahmen haben unsere Erklärungen in der Öffentlichkeit so bescheiden gehalten.

Eberhard von Brauchitsch in einem Aktenvermerk vom 7. März 1975:

> Ich habe Friderichs ausdrücklich klargemacht, daß wir nur eine begrenzte Zeit die bisherige falsche „Geschichtsschreibung" – insbesondere der Daimler-Transaktion – hinnehmen können. Wir hätten uns bisher über den tatsächlichen Geschehensablauf deshalb nicht öffentlich geäußert, weil wir weder die Deutsche Bank noch die Bundesregierung desavouieren wollen. Zu irgendeinem Zeitpunkt werden wir aber klarzustellen haben, daß niemals die Absicht bestanden hat, ein beherrschendes Daimler-Paket „über den Ladentisch" an Persien zu geben.

Eberhard von Brauchitsch in einer vertraulichen Notiz für Friedrich Karl Flick vom 8. Juli 1975:

> Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, (den damaligen nordrhein-westfälischen Finanzminister Friedrich) Halstenberg auf die unrichtige Geschichtsschreibung über die Angelegenheit Daimler/Persien/Daimler/Deutsche Bank hinzuweisen. Allerdings habe ich Halstenberg gebeten, von der richtigen Geschichtsschreibung nur sehr vorsichtig Gebrauch zu machen, weil wir unter gar keinen Umständen zu diesem Zeitpunkt Spannungen zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bank erleben möchten.

RAUBDRUCKE

Gleich Null

Auf der Suche nach illegal gedruckten Bestsellern fahndet der Börsenverein des Deutschen Buchhandels auch bei seriösen Händlern.

Zielsicher griff die Kundin in einer Charlottenburger Buchhandlung nach Isabel Allendes „Geisterhaus", Ladenpreis: 38 Mark. Dann verlangte sie energisch ein billigeres Exemplar. In der Nachbarschaft, so ihre Begründung, gebe es den Band schließlich schon für lumpige zwölf Mark.

An ähnlich auffällige Besucher erinnert sich der Berliner Buchhändler Klaus-Dieter Guhl. Mal fragte ihn „so ein Dicker mit Bart und Cordhose", mal ein alternativ gekleidetes Pärchen „aggressiv und insistierend" nach einer Billigausgabe von Günter Wallraffs Bestseller „Ganz unten". Beim Antiquar Udo Koch in der Kreuzberger Oranienstraße hinterließ ein Bücherfreund, der sich nachhaltig für Arno Schmidts offiziell vergriffenes Werk „Zettels Traum" interessierte, eine Telephonnummer. Sie gehörte, wie sich herausstellte, zu einer Detektei in Hannover.

Die Rechercheure kommen vom Frankfurter „Börsenverein des Deutschen Buchhandels", gesucht werden Raubdrucke. Die Privatfahndung beschränkte sich bisher auf Hinterhöfe und Szenekneipen. Nun läßt der Börsenverein auch die eigenen Mitglieder abkämmen. In Berliner Buchläden wurden die Durchsuchungstrupps der Polizei, von den Spähern alarmiert, letzten Monat zweimal fündig: Beim Händler Guhl förderten sie drei kleine Anarchistentexte zutage, beim Kreuzberger Antiquar Koch gleich 400 Stücke.

In Begleitung der Beamten erschien jeweils ein schneidiger Herr in Zivil („Guten Tag, Herr Koch, jetzt habe ich Sie!"), der beim Aussondern verdächtiger Werke half: Jochen L. Braeunlich, 43, Leiter des vom Börsenverein im letzten Herbst gegründeten „Sonderreferats Raubdruckverfolgung".

Braeunlich, ehemals Geschäftsführer der Berliner Verleger- und Buchhändlervereinigung, soll auch im Bundesgebiet nach gefälschter Billigware suchen – zum Verdruß der Buchhändler. Sie sind, so der Vorstand des Berliner Landesverbandes, in dem 146 Buchläden organisiert sind, „völlig verunsichert". Die Unterstellung, auch sie verdienten insgeheim am Raubdruck-Geschäft, sei eine „Frechheit", kritisiert die Verbandsvorsitzende Ursula Kiesling.

Der Börsenverein rechtfertigt den vom Berliner Verband gescholtenen „Aktionismus" damit, daß die Raubdruck-Welle überschwappt. Rund 160 Titel, insgesamt etwa 1,6 Millionen Exemplare, sind in letzter Zeit hergestellt



Privatfahnder Braeunlich: „Guten Tag, jetzt habe ich Sie!"

worden. Vom Börsenverein geschätzte Umsatzeinbuße für den seriösen Buchhandel: 24 Millionen Mark.

Von manchen Bestsellern, wie etwa dem „Geisterhaus" oder dem alternativen Dauerbrenner „Papalagi", werden gleich mehrere konkurrierende Raubausgaben zu rund einem Drittel des Originalpreises verhökert. Allein Michael Endes „Momo" und „Die Unendliche Geschichte", schätzt der Börsenverein, verkauften sich rund 100 000mal auf dem grauen Markt.

Die Fälschungen werden immer besser. War das Schriftbild früher oft bis zur Unleserlichkeit verkleinert, so tauchen jetzt erstmals „Identfälschungen" (Braeunlich) auf. Sie sind nicht mehr schäbig broschiert, sondern glänzen im originalgetreuen Mehrfarben-Cover. Flexibel pflegen die Illegalen mittlerweile ihren Markt: Wallraffs „Ganz unten" war bereits zehn Tage nach Erscheinen als Raubdruck zu haben – mit dem „Türken Ali" auf dem Titel, kleiner im Format und zum halben Preis.

Zwar werden die Urheberrechtsdelikte der Buchräuber seit Mitte letzten Jahres von Amts wegen verfolgt (Höchststrafe: fünf Jahre). Derzeit laufen rund sechzig Ermittlungsverfahren vorwiegend gegen Vertreiber, die Hälfte davon in Berlin. Doch eine Herstellerorganisation mit Druckerei wurde bislang nicht ausgehoben; noch fehlt der Nachweis für die Behauptung, die Branche arbeite „wie eine Mafia" (Braeunlich).

„Es gelang bisher nicht einmal, die Raubdruckszene ernsthaft zu verunsichern", klagt Franz-Wilhelm Peter, Justitiar des Frankfurter Börsenvereins. Er steht unter Druck: Besonders betroffene Großverlage wie Suhrkamp, Kiepenheuer & Witsch oder Hanser drängten, „was zu tun und mehr zu tun" (Peter).

Doch dem Sonderreferat Raubdruckverfolgung sind große Erfolge bisher versagt geblieben. In seinem Eifer setzte der Börsenverein sogar schon einmal 5000-Mark-Prämien für Hinweise auf illegale Druckereien aus. Ergebnis: Ein Bürger meldete verdächtige Geräusche aus dem Nebenhaus, die Kripo entdeckte nur die Umwälzanlage eines Swimmingpools.

Fahnder Braeunlich rühmt sich: „Ich könnte hier mit einem Schlag 30 Leute hochgehen lassen, was ich im Moment gar nicht mache, weil ich die alle observieren lasse."

Solche Angaben werden im West-Berliner Milieu stark angezweifelt. Dort ist der Rechercheur des Börsenvereins seit langem bekannt: Als Verbandsgeschäftsführer streifte er persönlich durch die Kieze. Eskortiert von seinem Springer-Spaniel „Zicke", lauerte er nächtens in den Dusterkneipen auf Schwarzhändler und brachte es zu zweifelhafter Prominenz in der Szene.

Die nimmt den Fahnder nun ins Visier. Unbekannte annoncieren per Zettelanschlag und in alternativen Anzeigenteilen billige Diesel-Mercedesse, Kinderbetten oder Wohnungen und geben dazu Braeunlichs Fernsprechanschluß an („Jochen, 19 bis 23 Uhr", „Häufiger versuchen"). Seither hat der Oberreferent über „Telephon-Terror" zu klagen.

Auch von der anderen Seite wird Braeunlich angegriffen. Berlins organisierte Buchhändler wehren sich gegen diverse Aufrufe, mit denen der Börsenverein von der Buchbranche Hilfe zur Fahndung in den eigenen Reihen fordert.

Da bittet das Referat um „sachdienliche Informationen" über „Ladengeschäfte". Testeinkäufer sollen unter anderem nach „Buchverkaufsstellen" für Raubdrucke forschen und „den Kaufbeleg/die Rechnung etc." beifügen.

Solche Methoden kritisiert die Berliner Verbandsvorsitzende Ursula Kiesling als eine „Art von Selbstjustiz". Das Interesse an seiner Arbeit, klagt Braeunlich denn auch, sei gleich „Null". Doch der Rundum-Fahnder des Börsenvereins läßt sich nicht beirren: „Ich kann nicht nur Nichtmitglieder bestrafen und die Mitglieder schonen." ◆

„Ein Beispiel für das Beste, das noch kommt..."
* The Journal of Financial Software

OPEN ACCESS hilft Ihnen bei der Planung, Analyse und Organisation Ihrer täglichen Arbeit.

OPEN ACCESS

Datenbank
Kalkulation
Graphik
Textverarbeitung
Terminplanung
Kommunikation

Datenbank – speichern, verarbeiten und auffinden von Informationen
Kalkulation – Planungen, Berechnungen, Analysen
Textverarbeitung – speichern, editieren und drucken von Texten
Graphik – visuelle, variable Darstellung von Informationen
Terminplanung – Elektronischer Kalender mit Adresskartei
Kommunikation – Datenaustausch mit Mikro-, Mini- und Großrechnern

OPEN ACCESS spricht deutsch oder acht andere Landessprachen.

SPI
Software Products International
GmbH, Deutschland
Telefon 0 89/91 80 17
Teletex (1 71 97 17 4

Bitte kreuzen Sie an, zu welchen SPI-Produkten Sie weitere Informationen wünschen:
- ■ OPEN ACCESS Gesamtpaket
- ■ Netzwerk OPEN ACCESS
- ■ ACCESS FOUR Analyse
- ■ GEM Datenbank
- ■ Statistik

Bitte senden Sie diesen Coupon zusammen mit Ihrer Karte an:

SPI
Software Products International GmbH, Deutschland
Rosenkavalierplatz 14
8000 München 81

SP 3

SPI